

Tabelle 3
Empfang und Versand von Schiffsgütern
nach Hauptverkehrsbeziehungen 1976

Ausgeladene Gütermengen			Eingeladene Gütermengen		
in Baden-Württemberg					
t	%	aus	nach	%	t
1 140	0,0	Schleswig-Holstein	-	-	-
10 155	0,0	Hamburg	0,0	3 429	
146 303	0,6	Niedersachsen	0,4	69 906	
58 183	0,3	Bremen	0,1	12 070	
2 804 536	12,4	Nordrhein-Westfalen	10,1	1 640 232	
488 335	2,2	Hessen	20,9	3 383 277	
3 305 218	14,7	Rheinland-Pfalz	18,0	2 912 140	
4 111 626	18,2	Baden-Württemberg ¹⁾²⁾	25,2	4 092 843	
239 914	1,1	Bayern	2,4	385 769	
14 971	0,1	Saarland	0,1	18 653	
14 612	0,1	Berlin (West)	0,1	8 786	
11 194 993	49,7	Inland zusammen	77,3	12 527 105	
4 906 579	21,8	Niederlande	11,8	1 913 835	
1 324 978	5,9	Belgien	2,9	475 295	
95 715	0,4	Luxemburg	0,1	7 048	
4 942 459	21,9	Frankreich	4,3	694 969	
38 234	0,2	Schweiz	3,6	579 553	
14 203	0,1	Übrige	0,0	3 670	
11 322 168	50,3	Ausland zusammen	22,7	3 674 370	
22 517 161	100	Insgesamt	100	16 201 475	

¹⁾ Einschließlich der hessischen Häfen, Lösch- und Ladestellen am Neckar (Hirschhorn, Neckarhausen und Neckarsteinach). – ²⁾ Abweichungen zwischen Löschungen und Verladungen im Binnenverkehr Baden-Württembergs sind methodisch bedingt.

am Oberrhein und hier vor allem in den beiden Häfen Karlsruhe (4,8 Mill. t) und Mannheim (3,4 Mill. t) erzielt. Außer Gütern der beiden genannten Abteilungen, auf die 1976 in Baden-Württemberg zusammen mehr als drei Viertel (77,3%) des gesamten Güterumschlags entfielen, wurden in freilich erheblich geringerem Umfang unter anderem auch Güter der Güterabteilung 2 „Feste mineralische Brennstoffe

(Kohlen)“ und der Güterabteilung 1 „Andere Nahrungs- und Genußmittel“ hier vor allem Futtermittel, Ölsaaten, Öle und Fette mit einem Anteil von 6,2% bzw. von 5,5% umgeschlagen.

Rund 22 Mill. Tonnen Güterumschlag in den drei größten Häfen

Im einzelnen zeichneten sich für die drei größten Binnenhäfen Baden-Württembergs unterschiedliche, zum Teil gegenläufige Entwicklungen ab.

Der Hafen Mannheim, der unter den Häfen der Bundesrepublik nach Duisburg (42,3 Mill. t) und Köln (12,8 Mill. t) 1976 mit einem Gesamtumschlag von 10,1 Mill. t an dritter Stelle stand, steigerte gegenüber 1975 seine Umschlagsleistung um 18,3% und hat damit das Ergebnis des Jahres 1974 wieder erreicht.

Karlsruhe, der zentrale Umschlagsplatz des Landes für Mineralöl, konnte mit dem Ergebnis von 6,4 Mill. t für das Jahr 1976 das des Jahres 1975 nicht erreichen und mußte Einbußen um 7,1 % hinnehmen.

Der Hafenbezirk Heilbronn erzielte 1976 im Schiffsverkehr einen Gesamtumschlag von 5,0 Mill. t. Mit 1975 verglichen, bedeutet dies einen weiteren Rückgang um 4,4%.

Gestützt auf die Ergebnisse für die ersten neun Monate dürfte der Hafen Mannheim in diesem Jahr die Umschlagsnennleistung des Jahres 1976 nicht ganz erreichen. Im Hafenbezirk Heilbronn hingegen wird sich die schon mehrere Jahre anhaltende rückläufige Entwicklung voraussichtlich nicht mehr weiter fortsetzen. Karlsruhe könnte seine Position halten, eventuell auch leicht verbessern. Wie die Entwicklung der letzten Jahre gezeigt hat, konnte die Binnenschifffahrt zunächst erlittene Einbußen in den letzten Monaten eines Jahres oft weitgehend ausgleichen. Ob dies auch 1977 wieder der Fall sein wird, läßt sich bei einer Einschätzung der voraussichtlichen Entwicklung heute jedoch noch nicht absehen.

Dipl.-Ing. Norbert Mach

Einnahmen und Ausgaben ausgewählter Privathaushalte

Ergebnisse der laufenden Wirtschaftsrechnungen 1976

Vorbemerkung

Angesichts der starken Produktions- und Angebotsorientiertheit bei der Ermittlung ökonomischer Daten findet der statistische Nachweis der Nachfrageseite innerhalb des volkswirtschaftlichen Kreislaufs nur wenig Beachtung. Diese Unverhältnismäßigkeit in der statistischen Beobachtung ist angesichts der Bedeutung, die dem Konsumverhalten der privaten Haushalte im wirtschaftlichen Geschehen zukommt, kaum gerechtfertigt. Denn das den privaten Haushalten zufließende Erwerbs- und Vermögenseinkommen – das sind über 90% des gesamten Volkseinkommens – wird zu mehr als zwei Dritteln für den Konsum ausgegeben.

Lediglich zwei Statistiken geben Aufschluß über die Entstehung und die Verwendung von privaten Einkommen sowie über die Vermögensverhältnisse der Haushalte: Die in mehrjährigen Abständen bei Haushalten unterschiedlichster sozio-ökonomischer Zusammensetzung durchzuführende Einkommens- und Verbrauchsstichprobe¹, sowie die monatlich zu erhebenden „laufenden“ Wirtschaftsrechnungen, bei denen lediglich ausgewählte Haushaltstypen detailliert sämtliche

Einnahmen und Ausgaben in einem Haushaltsbuch notieren. Sie haben den Zweck, ein möglichst umfassendes Bild der materiellen Lebenssituation des privaten Haushalts zu entwerfen, in dem neben der Einkommensentstehung und -verwendung auch die Wohnverhältnisse und die Ausstattung mit langlebigen Gebrauchsgütern zur Darstellung kommen. Im einzelnen sollen an den laufenden Wirtschaftsrechnungen, die bundesweit bei rund 1000 Haushalten durchgeführt werden – in Baden-Württemberg mindestens

21 2-Personen-Haushalte von Renten- und Sozialhilfeempfängern mit geringem Einkommen (Haushaltstyp 1)

56 4-Personen-Arbeitnehmerhaushalte (Ehepaare mit 2 Kindern) von Arbeitern und Angestellten mit mittlerem Einkommen (Haushaltstyp 2)

59 4-Personen-Arbeitnehmerhaushalte (Ehepaar mit 2 Kindern) von Angestellten und Beamten mit höherem Einkommen (Haushaltstyp 3)

auf freiwilliger Basis teilnehmen.

Aufgrund der äußerst geringen Zahl von 2-Personen-Haushalten beschränkt sich die landesspezifische Aufbereitung und Interpretation der Aufzeichnungen auf die Typen 2 und 3; Ergebnisse des Haushaltstyps 1 werden in erster Linie auf Bundesebene veröffentlicht. Über den eng gefaßten Auswahlrahmen hinaus dürfte unter bestimmten Bedingungen das bei

¹ Über Zielsetzung und Methodik dieser Erhebung informiert der Beitrag „Die Einkommens- und Verbrauchsstichprobe 1973“, in: Wirtschaft und Statistik, Heft 7/1972, S. 375 ff.

Tabelle 1
Zusammensetzung und Wohnverhältnisse der
ausgewählten privaten Haushalte im Rahmen der
„laufenden Wirtschaftsrechnungen“ 1976

Gegenstand der Nachweisung	Haushalte mit	
	mittlerem ¹⁾	höherem ²⁾
	Einkommen	
Erfaßte Haushalte insgesamt (Anzahl)	72	67
davon waren		
Arbeiter (%)	68	–
Angestellte (%)	32	64
Beamte (%)	–	36
Von allen Haushalten		
hatten Mietwohnungen (%)	97	99
davon mit		
einer Wohnfläche ³⁾ in qm	81	104
Durchschnittliche Zahl der Räume über 69 qm (einschl. Küche)	4,4	5,2
davon mit		
Bad oder Dusche (%)	93	100
Sammelheizung ⁴⁾ (%)	50	79
davon waren errichtet		
vor 1919 (%)	14	5
1919 bis einschl. 1948 (%)	10	17
1949 und später (%)	76	79
waren Eigentümer ihrer Wohnung oder ihres Wohngebäudes (%)	3	1

¹⁾ Ausgabefähiges Einkommen pro Monat und Haushalt 1976: 2388 DM. – ²⁾ Ausgabefähiges Einkommen pro Monat und Haushalt 1976: 4210 DM. – ³⁾ Fläche der gesamten Wohnung. – ⁴⁾ Zentral-, Fern- und Etagenheizung. – Differenzen in den Summen durch Runden der Zahlen.

den Testfamilien festgestellte Marktverhalten der Tendenz nach auch für einen erweiterten Kreis von Haushalten in Baden-Württemberg typisch sein. Dazu muß das Schwergewicht der Datenverarbeitung und Ergebnisauswertung – und zwar entsprechend der gesetzlich verankerten und methodisch fixierten Zielvorstellung² – in erster Linie auf die Beobachtung von Entwicklungstendenzen und Strukturverschiebungen gelegt werden, während die Erfassung der absoluten Einkommens- und Verbrauchswerte nur eine untergeordnete Rolle spielt. Der für diese Fragestellung erforderliche zeitliche Vergleichsrahmen wird durch das Konstanthalten der sozioökonomischen Auswahlkriterien gewährleistet.²

Buchführerhaushalte und ihre Wohnverhältnisse

Die statistische Beobachtung beschränkt sich auf eine kleine, aber möglichst homogene Gruppe von Familien, die in den wichtigsten, die Lebenshaltung nachhaltig beeinflussenden Merkmalen übereinstimmen. Bestimmungsgründe für die Abgrenzung von Haushaltstypen sind hierbei einmal die finanzielle Leistungsfähigkeit der Haushalte (Haushaltsbruttoeinkommen), zum anderen die Lebensphase der Familie. Danach rekrutieren sich die Buchführer – und zwar sowohl die Familien mit mittlerem als auch höherem Einkommen – aus Haushalten, die etwa in der Mitte des Lebenszyklus stehen, in denen zwei schulpflichtige Kinder leben und deren Konsumverhalten durch einen ständigen Auf- und Ausbau der vorhandenen materiellen Ausstattung geprägt wird (Tabelle 1). Darüber hinaus dürfte bei den im übrigen häufig als „rechenhaft“ und sparsam eingeschätzten Testfamilien der dezidierte Wunsch, Vermögenswerte zu schaffen bzw. die Familie durch finanzielle Polster vor eventuellen Lebensrisiken zu schützen, die Einkommensverwendung besonders bestimmen. Unter sozialpolitischen Gesichtspunkten würden auch andere Familienkonstellationen, zum Beispiel unvollständige Familien, besondere Aufmerksamkeit verdienen. Wohl nicht zuletzt aufgrund der zahlenmäßigen Bedeutung – im März 1976 setzten sich 507 000 Haushalte (das sind 22,5% aller deutschen Mehrpersonenhaushalte) aus vier Personen zusammen – hat man bisher an der Einbeziehung der 4-Personen-Haushalte festgehalten. Da sich die beiden von

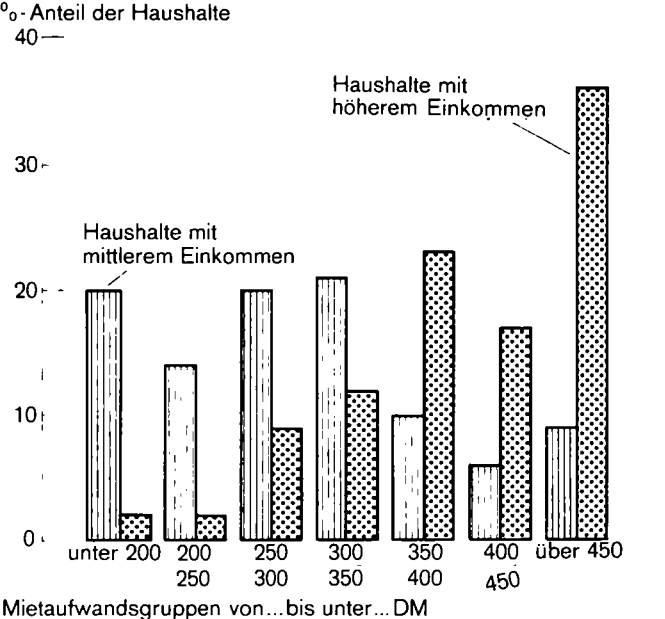
der Statistik beobachteten Haushaltstypen hinsichtlich ihrer familiären Zusammensetzung kaum unterscheiden, dürften sich abweichende Verhaltensweisen unserer Testverbraucher – von der sozialen Stellung des Haushaltsvorstandes einmal abgesehen – ganz überwiegend aus deren unterschiedlicher finanzieller Leistungsfähigkeit erklären lassen. So bewohnten beispielsweise die Familien in mittleren Einkommensverhältnissen – 1976 betrug ihr ausgabefähiges Einkommen pro Monat im Durchschnitt rund 2388 DM – kleinere Wohnungen mit einer geringeren Zahl von Räumen und einer weniger guten Ausstattung (Sanitärbereich und Beheizung) als die Familien in höheren Einkommensverhältnissen, die immerhin über rund 4210 DM ausgabefähiges Einkommen pro Monat verfügten (Tabelle 1). Die Streuung der monatlichen Mietausgaben nach Mietaufwandsgruppen, sowie die unterschiedliche absolute Höhe der durchschnittlichen Monatsmiete (ohne Nebenkosten) ergibt sich als notwendige Konsequenz dieser unterschiedlichen Wohnsituation beider Haushaltstypen (Schaubild 1).

Struktur der Einkommensverwendung 1950 bis 1976

Da der besserverdienende Haushaltstyp erst 1964 in die Erhebung einbezogen wurde, beschränkt sich der folgende langfristige strukturelle Vergleich der Einkommensverwendung ausschließlich auf die Buchführungsergebnisse der mittleren Verbrauchergruppe. Daß trotz abnehmender Konsumquote absolut immer mehr Geld für den privaten Verbrauch ausgegeben wurde, dürfte jedoch der Tendenz nach ebenso für den Testhaushalt mit höherem Einkommen zutreffen. Wie Tabelle 2 verdeutlicht, wurden 1976 von den monatlich verfügbaren Einnahmen³ in Höhe von 2388 DM rund 84% für den privaten Verbrauch und rund 5% für freiwillige Leistungen bei Versicherungen, für Spenden und ähnliches ausgegeben. Rund 11% kamen im Durchschnitt „auf die hohe Kante“. Damit weist das Haushaltsbudget der mittleren Verbrauchergruppe wieder dieselbe Struktur wie 1970 auf. Über einen

³ Die verfügbaren Einnahmen errechnen sich folgendermaßen: Bruttoeinkommen (aus Erwerbstätigkeit, Vermögen und empfangenen Einkommensübertragungen) abzüglich Steuern und Pflichtbeiträgen zur Sozialversicherung zuzüglich sonstiger Einkünfte (aus Untervermietung, Verkäufen, Erstattungen, Vermögensübertragungen über 1000 DM usw.).

Schaubild 1
Verteilung der ausgewählten privaten Haushalte mit
mittlerem/höherem Einkommen in Mietwohnungen
nach Mietaufwandsgruppen 1976



² Vgl. hierzu die umfassende Darstellung der „Möglichkeiten und Grenzen der laufenden Wirtschaftsrechnungen“ in: Wirtschaft und Statistik, Heft 6/1972.

Tabelle 2

Struktur des Haushaltsbudgets von 4-Personen-Arbeitnehmerhaushalten in mittleren Einkommensverhältnissen

Art der Einnahmen/Ausgaben	1976		1975	1972	1970	1968	1964	1960	1958	1954	1950
	DM	%									
Ausgabefähige Einnahmen	2 388	100	100	100	100	100	100	100	100	100	100
Privater Verbrauch	2 009	84	83	84	84	88	89	81	89	92	95
Übrige Ausgaben ¹⁾	120	5	5	4	5	6	7	8	4	3	2
Vermögensbildung	259	11	12	11	11	6	4	11	7	5	3

¹⁾ Freiwillige Beiträge zu Versicherungen, Übertragungen an andere Haushalte (Beiträge, Spenden ...). – Differenzen in den Summen durch Runden der Zahlen.

längeren Zeitraum ist allerdings eine beträchtliche Änderung der Einkommensverwendung festzustellen. Das Ausgabeverhalten zwischen 1950 und 1960 kann trotz absolut steigender Konsumausgaben als „Sparphase“ bezeichnet werden, weil die Konsumquote kontinuierlich von 95% (349 DM) im Jahr 1950 auf 81% (670 DM) im Jahr 1960 sank, während die Sparquote stetig von lediglich 3% (11 DM) auf 11% (90 DM) anstieg. Für die im Zeichen wachsenden Wohlstands stehende Zeit zwischen 1960 und 1970 ergibt sich gerade die entgegengesetzte Tendenz: Relativ mehr Konsum bei geringerer Sparrate. Allerdings lassen größere Quotenausschläge nach beiden Seiten eine im Lauf der einzelnen Jahre stark wechselnde Konsum- und Sparbereitschaft erkennen.

Eine deutliche Beruhigung in der Budgetentwicklung, die nicht zuletzt auch auf eine gewisse Sättigung im Konsumbereich schließen läßt, ist in den Jahren ab 1970 festzustellen: Der Ausgabenanteil für den privaten Verbrauch pendelt zwischen 82 und 85%, derjenige für die Vermögensbildung zwischen 11 und 13%.

Zu einer sehr beliebten Form der Vermögensbildung hat sich dabei offenbar das vermögenswirksame Sparen entwickelt, denn 99 bzw. 97 (Typ 2 bzw. Typ 3) von jeweils 100 Haushalten erbrachten im vergangenen Jahr derartige Leistungen. Während übereinstimmend bei beiden Haushaltstypen das Gros der Familien jährlich 624 DM (Typ 2: 97%, Typ 3: 94%) vermögenswirksam sparte, gibt es hinsichtlich der bevorzugten Anlagearten Unterschiede. Die mittlere Einkommensgruppe

legte ihre Leistungen zu 42% in Sparverträgen, zu 34% in Bausparverträgen und zu 24% in Lebensversicherungsverträgen an. Bei den Familien mit höherem Einkommen rangierte mit 49% der Bausparvertrag an erster Stelle der Beliebtheitsskala; es folgten mit 40 bzw. 11% der Sparvertrag bzw. die Lebensversicherung.

Ob die Konsumnachfrage im laufenden Jahr durch das Freiwerden der bisher im Rahmen dieser vermögenswirksamen Sparverträge gebundenen Gelder noch einen Auftrieb erhalten könnte, ist unsicher. Die Ergebnisse des ersten Halbjahres 1977 (gegenüber den entsprechenden Vorjahreswerten) zeigen mit plus 2,8% (Typ 2) nur eine äußerst verhaltene nominale Verbrauchssteigerung. Diese Tendenz deckt sich im übrigen mit den Ergebnissen der Einzelhandelsstatistik, wonach für den gleichen Zeitraum keine neuen Impulse festgestellt werden konnten.

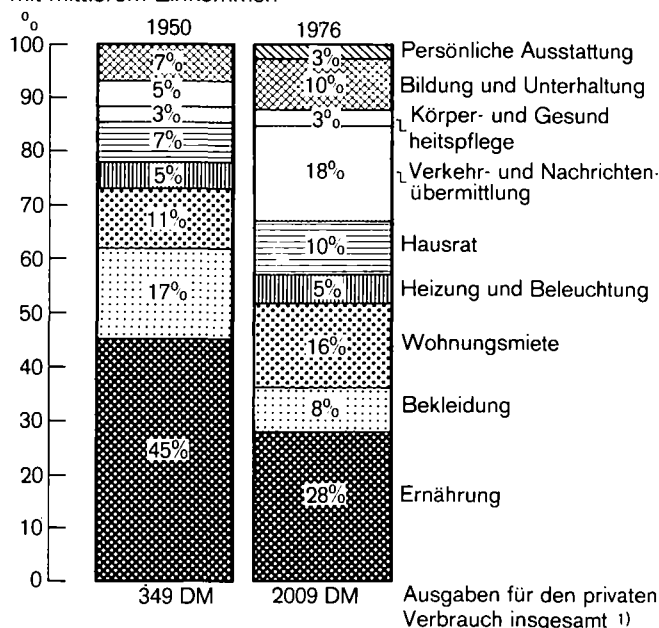
Tabelle 3
Ausstattungsgrad mit ausgewählten langlebigen Gebrauchsgütern

Gebrauchsgüter für	Haushalte mit			
	mittlerem Einkommen		höherem Einkommen	
	1967 ¹⁾	1976 ¹⁾	1967 ¹⁾	1976 ¹⁾
	%			
Bildung, Unterhaltung				
Fernsehgerät (schwarz-weiß)	67	71	62	88
Farbf Fernsehgerät	45	..	27
Rundfunkgerät	86	98	90	98
Plattenspieler	42	69	64	83
Tonbandgerät	14	57	17	59
Phonokombination (Musikschrank) ..	16	21	21	33
Schreibmaschine	68	..	73
Freizeitgestaltung und Hobby				
Fotoapparat	93	97	97	100
Schmalfilm-Kamera	2	26	14	38
Schmalfilm-Projektor	2	26	16	31
Dia-Projektor	25	47	35	66
Elektr. Heimwerker	39	..	63
Camping-Zelt	10	..	8
Motor-, Segelboot	2
Verkehr- und Nachrichtenübermittlung				
Personenkraftwagen	44	77	81	100
Motorrad ²⁾	9	..	2	..
Moped, Mofa, Mokicks	3	..	3
Fahrrad	77	90	74	94
Telefon	7	71	66	95
Haushaltsführung				
Kühlschrank	91	90	98	97
Tiefkühltruhe, -schrank	5	66	9	72
Geschirrspülmaschine	4	21	7	55
Elektr. Grillgerät	9	47	12	34
Elektr. Küchenmaschine	28	29	48	33
Elektr. Handrührer oder -mixer	54	94	60	88
Elektr. Kaffeemaschine	68	..	73
Elektr. Kaffeemühle	92	..	89
Elektr. Nähmaschine	40	71	59	81
Mechanische Nähmaschine	35	13	22	3
Elektr. Bügelmaschine	2	29	7	23
Waschvollautomat	66	..	70
Waschkombination
mit eingeb. Schleuder	16	..	19
Waschmaschine ³⁾	77	13	95	8
Elektr. Wäscheschleuder	37	27	53	25
Elektr. Staubsauger	95	97	98	100
Körperpflege				
Elektr. Rasierapparat	86

Schaubild 2

Struktur des Verbrauchsbudgets

- Monatsdurchschnitt je 4-Personen-Arbeitnehmerhaushalt mit mittlerem Einkommen -



¹⁾ In jeweiligen Preisen. Differenzen in den Summen durch Runden der Zahlen.

347 77

¹⁾ Stand jeweils Dezember. – ²⁾ Einschl. Moped, Mofa. – ³⁾ Einschl. Waschvollautomat + Waschkombination mit eingebauter Schleuder.

Tabelle 4
Ausgaben für die Kraftfahrzeughaltung¹⁾ 1976
Monatsdurchschnitt je Haushalt

Aufwendungszweck	Haushalte mit					
	mittlerem			höherem		
	Einkommen					
	je Haus- halt	je Haushalt mit Kfz		je Haus- halt	je Haushalt mit Kfz	
	DM		%	DM		%
Kraftstoffe	73,6	87,0	42	119,2	121,3	43
Sonstige Gebr., Verbrauchsgüter	15,6	18,4	9	27,3	27,8	10
Garagenmieten	14,1	16,6	8	20,4	20,8	7
Fremde Reparaturen ²⁾	29,2	34,4	17	55,2	56,2	20
Kraftfahrzeugsteuer	15,0	17,6	8	21,0	21,3	8
Kraftfahrzeug- versicherung	29,7	35,0	17	36,2	36,8	13
Insgesamt	177,1	209,0	100	279,2	284,2	100
dagegen 1975	157,4	175,4	—	—	263,9	—
1974	119,8	168,8	—	245,1	251,5	—

¹⁾ Ohne Anschaffungskosten und ohne Abschreibung. – ²⁾ Einschl. sonstige Dienstleistungen. – Differenzen in den Summen durch Runden der Zahlen.

Verlagerung der Bedarfsschwerpunkte

Auch innerhalb des Konsumbudgets haben sich im Laufe der Zeit die Ausgabenschwerpunkte – bei jeweils absolut steigenden Beträgen – beträchtlich verschoben. Während die üblicherweise als fix anzusehenden Budgetposten (Ernährung, Bekleidung, Wohnung) 1950 noch mehr als drei Viertel (78%) aller Verbrauchsausgaben beanspruchten (*Schaubild 2*), schrumpften diese elementaren Aufwendungen bis 1976 auf 56%. Verursacht wurde diese beim Haushaltstyp 2 festgestellte Entwicklung allein durch die relative Ausgabenminderung in den Bereichen Ernährung und Bekleidung, denn für die Wohnung gaben die Testfamilien sowohl absolut als auch relativ deutlich mehr Geld aus.

Durch diese Gewichtsverlagerung ergab sich naturgemäß ein größerer Spielraum für die Nachfrage nach aufschiebbaren, also eher variablen Bedürfnissen (z. B. Ausgaben für Hausrat, Verkehr und Freizeit), deren Anteil am Verbrauchsetat sich im Berichtszeitraum verdoppelte. Besonders ins Auge fällt hier die erhebliche Ausgabensteigerung für die Bedarfsguppe Verkehr und Nachrichtenübermittlung (z. B. Aufwendungen für Kraftfahrzeuge, öffentliche Verkehrsmittel sowie Post- und Fernspreckgebühren); die Quote versechsfachte sich bis auf 18% im Jahr 1976.

Diese Umstrukturierung der Ausgaben weist auf ein angehobenes Niveau der Lebenshaltung hin, was in zwei Ausprägungen deutlich wird. Es zeigt sich einerseits in dem allgemein als Maßstab für den materiellen Lebensstandard verwendeten Kriterium des *Ausstattungsgrads* mit höherwertigen, langlebigen Gebrauchsgütern. Danach konnten sich sowohl die Testhaushalte der mittleren als auch der gehobenen Einkommensgruppe im Zeitverlauf deutlich besser mit Gütern für Bildung und Unterhaltung, für Freizeitgestaltung und Hobby, für Verkehrs- und Nachrichtenübermittlung, für Haushaltsführung und Körperpflege (*Tabelle 3*) ausrüsten. Wieviel Geld im einzelnen für ein derartiges Gebrauchsgut investiert wird, sei beispielhaft anhand der laufenden Kosten für das Kraftfahrzeug demonstriert (*Tabelle 4*). Immerhin waren die Testhaushalte des Typs 2 (Typ 3) bereit, 1976 monatlich jede zehnte (neunte) DM ihres gesamten Verbrauchsetats für Kraftstoffe, Garagenmiete, Reparaturen, für Steuer und Versicherung ihres Kraftfahrzeugs aufzuwenden. Andererseits findet der realisierte angehobene Lebensstandard seinen Niederschlag in den deutlich gestiegenen Aufwendungen für die *Freizeitgestaltung*: sie sind mittlerweile zu einem festen Bestandteil des Konsumbudgets avanciert (*Tabelle 5*). Für Erholung und Entspannung am Feierabend, Wochenende und im Urlaub wurden 1976 erneut mehr finanzielle Mittel als in den Vorjahren bereitgestellt. Während der Freizeitanteil an allen

Verbrauchsausgaben 1973 beim Haushaltstyp 2 mit rund 198 DM noch etwa 14% betrug – die bessersituierten Haushalte gaben für die arbeitsfreie Zeit bereits mehr als 400 DM (18%) aus – ist das Freizeitbudget 1976 auf rund 317 DM oder 16% (Typ 2) bzw. rund 563 DM oder 18% (Typ 3) angewachsen.

Für Ernährung mehr als ein Viertel aller Verbrauchsausgaben

Trotz ihrer von Jahr zu Jahr geringer werdenden Bedeutung nahmen die Ausgaben für Ernährung mit insgesamt rund 557 DM pro Monat und Haushalt (Typ 2), das sind 28% des gesamten Konsumbudgets, auch 1976 wieder den ersten Platz ein (1975: 528 DM oder 30%). Davon entfielen rund 405 DM auf Nahrungsmittel, 82 DM gab der Testhaushalt fürs Essen und Trinken in Kantine und Gaststätte aus und rund 70 DM gingen auf das Konto „Genußmittel“ (Kaffee, Tee, alkoholische Getränke und Tabakwaren). Der größte Einzelposten bei den Nahrungsmittelausgaben blieb wiederum Fleisch (und Fleischwaren) mit rund 141 DM monatlich. Es folgten Milch, Käse und Butter mit rund 55 DM, Obst und Gemüse mit etwa 49 DM sowie Brot und Backwaren mit rund 44 DM.

Einen seit Jahren konstanten Faktor innerhalb des Ernährungsbudgets stellen die Ausgaben für Getränke dar. 1976 ließen sich die Testfamilien die flüssige Nahrung im Schnitt monatlich rund 99 DM (18% aller Ernährungsausgaben) kosten. Der größere Teil davon, nämlich 56 DM, entfiel auf alkoholfreie Getränke und rund 43 DM wurden für Alkoholika aufgewendet.

Innerhalb der Gruppe der alkoholfreien Getränke hat die Milch zwar nicht den Spitzenplatz verloren, aber ihre ehemals große Beliebtheit eingebüßt, denn ihr Anteil an allen Getränkeausgaben verminderte sich von 22% im Jahr 1970 auf 16% im Jahr 1976. Dafür bevorzugten unsere Verbraucher immer mehr die übrigen kalten Erfrischungsgetränke, wie Obst- und Gemüsesäfte, Cola-Getränke, Limonaden und Mineralwasser. Ihr Ausgabenanteil erhöhte sich von 18% auf 24%.

Die zweite wichtige Einzelposition innerhalb der Ausgaben für alkoholfreie Getränke stellt der Bohnenkaffee dar. Er hatte in den vergangenen Jahren einen stürmischen Nachfrageboom erlebt (seit 1950 hat sich die gekaufte Menge verachtzehnfacht), wurde jedoch erstmals im letzten Jahr in der weiteren Aufwärtsentwicklung abrupt gebremst. Offenbar reagierten die Konsumenten sehr empfindlich auf die nicht unbeträcht-

Tabelle 5
Ausgaben für die Freizeitgestaltung 1976
Monatsdurchschnitt je Haushalt

Ausgaben für Freizeitgestaltung	Haushalte mit			
	mittlerem		höherem	
	Einkommen			
	DM	%	DM	%
Außerhalb des Urlaubs	241,2	76	378,9	67
davon				
Bücher, Broschüren, Zeitungen, Zeitschriften	28,5	9	55,0	10
Fernseh-, Rundfunk- und Phonogeräte ¹⁾²⁾	58,7	19	54,7	10
Kraftfahrzeug ³⁾	50,8	16	78,5	14
Sport und Camping	25,6	8	49,2	9
Gartenpflege und Tierhaltung	9,8	3	14,2	3
Spiele und Spielzeug	15,7	5	25,2	5
Besuch von Kino, Theater, Konzert u. ä.	6,1	2	15,7	3
Fotografieren, Filmen ³⁾	3,9	1	12,4	2
Sonstiger Freizeitbedarf	42,1	13	74,0	13
Im Urlaub	75,9	24	184,4	33
Insgesamt	317,0	100	563,2	100
dagegen 1975	309,7	—	540,2	—
1974	222,2	—	469,0	—
1973	197,5	—	412,6	—

¹⁾ Einschließlich Gebühren. – ²⁾ 30% der Gesamtaufwendungen für das Kraftfahrzeug außerhalb des Urlaubs. – ³⁾ Ohne Kosten für Entwickeln und Kopieren, die im sonstigen Freizeitbedarf enthalten sind. – Differenzen in den Summen durch Runden der Zahlen.

liche Verteuerung. Für eine derart preisbewußte Einschränkung des Kaffeekonsums sprechen auch die Zahlen des ersten Halbjahres 1977. Danach betrug der durchschnittliche Ausgabenmehraufwand pro Monat bei der mittleren Verbrauchergruppe gegenüber dem gleichen Vorjahreszeitraum nur + 20,5%, bei einer Teuerungsrate von + 35,7%. Mengenmäßig betrachtet bedeutet dies, daß die Nachfrage gleichzeitig um rund 100 g pro Monat von 730 g auf 638 g zurückging. Bei den Alkoholika ist Bier weiterhin mit Abstand das beliebteste Getränk. Dies drückt sich einerseits im Mengenverbrauch aus, denn 1976 wurde mit rund 14 l erneut mehr Bier als in den Jahren zuvor konsumiert. Andererseits weist der Anteil von 18% an allen Getränkeausgaben auf die absolute Vorrangstellung von Bier unter den verschiedenen Getränken hin.

Ausgabenzuwachs begünstigt variable Bedürfnisse

Im Jahr 1976 zeigten sich die Testfamilien zu Lasten der Sparrate geringfügig konsumfreudiger als 1975 (Tabelle 2).

Obwohl sich die Lebenshaltung insgesamt (beim Haushaltstyp mit mittlerem Einkommen) um 4,7% verteuerte, erhöhte sich im Schnitt die private Nachfrage um 14,1%. Diese Ausgabenausweitung kam jedoch nicht allen Bereichen des Verbrauchsbudgets in gleichem Maße zugute: 1976 wurde gegenüber dem Vorjahr – auch wenn von der jeweiligen Teuerungsrate abgesehen wird – mehr Geld für Genußmittel, Mieten, Hausrat, Verkehr und Nachrichtenübermittlung, Körper- und Gesundheitspflege, Bildung und Unterhaltung sowie für die persönliche Ausstattung ausgegeben. Etwa in Höhe der Preissteigerungsrate bewegte sich der Mehraufwand für die Bereiche Nahrungsmittel sowie Heizung und Beleuchtung; bei „Bekleidung“ errechnete sich – trotz der relativ geringen Verteuerung von 3,3% – sogar ein Ausgabenrückgang. Damit scheint die Sättigungsgrenze in diesen Ausgabenparten nahezu erreicht zu sein, wohingegen die obigen Aufwandsbereiche auch künftig – unter der Voraussetzung real wachsender Verbrauchsausgaben – expandieren dürften.

Dipl. Haush.wiss. Monika Wild

Wohngeldansprüche nehmen zu

Die Durchführung des Wohngeldgesetzes obliegt den nach Landesrecht zuständigen Dienststellen; örtlich gewähren die Gemeinden oder Kreisverwaltungen, in deren Bereich die Wohnung des Antragstellers liegt, auf Antrag Wohngeld in Form eines Miet- oder Lastenzuschusses. Seit 1974 werden bei Vorliegen der gesetzlichen Voraussetzungen diese für ein sozialgerechtes Wohnen geleisteten Beihilfen nach den Bestimmungen des Zweiten Wohngeldgesetzes bewilligt. Über die Tätigkeit der Bewilligungsstellen – die Entgegennahme der Anträge, Bewilligung, Auszahlung, Erhöhung oder Versagung des Wohngeldes, die Aufhebung von Bewilligungsbescheiden sowie die Entscheidung über Rückforderung überbezahlter Beträge – wird vierteljährlich eine Geschäftsstatistik geführt; sie baut auf dem jeweiligen „Erstergebnis“ der Meldungen auf. Sowohl dieser Tätigkeitsnachweis als auch die Jahresstatistik über die Wohngeldempfänger nach dem Stand vom 31. 12. in Kombination aller Merkmale, die ausschlaggebend für die Bewilligung und das Maß des Wohngeldes sind, erfolgt seit wenigen Jahren unter Einsatz der elektronischen Datenverarbeitung über neun Regionale Rechenzentren.

Weniger Bearbeitungsfälle

1976 hatten die Bewilligungsstellen in Baden-Württemberg insgesamt mehr als 100 000 Fälle zu bearbeiten. Hierbei handelte es sich in rund 37 000 Fällen um Wiederholungen und um nahezu 46 000 aus dem Vorjahr unerledigt übernommene Anträge. Bis zum Jahresende konnten rund 61 000 Fälle erledigt werden, so daß letztlich mit rund 40 000 unerledigten Bearbeitungsfällen ein kleinerer Überhang als zu Ende des Vorjahres bestand. Die Zahl der Bearbeitungsfälle nahm in den vergangenen Jahren merklich ab; im Vergleich zu 1971 erreichte sie nicht einmal mehr die Hälfte, doch lag sie noch um etwa 13% höher als 1966, dem ersten Jahr nach Inkrafttreten des I. Wohngeldgesetzes vom 1. April 1965. Der Anteil der bewilligten Anträge an den erledigten Bearbeitungsfällen insgesamt bezifferte sich 1976 auf rund 77%; er war damit wohl niedriger als im Vergleichsjahr 1966 (rd. 83%), doch etwas höher als 1971 (rd. 76%). Bei den bewilligten Anträgen handelte es sich 1976 in jedem 5. Fall um einen Erstantrag; die Voraussetzungen für eine Erhöhung des Wohngeldes waren nur in weniger als 2% der Fälle gegeben. In der Mehrzahl der Fälle

Tabelle 1
Bearbeitungsfälle der Wohngeldbewilligungsstellen

Jahr¹) – Vierteljahr	Bearbeitungs- fälle insgesamt	Erledigte Bearbeitungsfälle²)					Unerledigte Bearbeitungs- fälle am Jahresende
		insgesamt	Bewilligte Anträge			Einstellungen³) Versagungen Ablehnungen	
			zusammen	Erstaufträge	Erhöhungen		
1966	88 870	72 622	60 030	31 388	2 718	12 592	16 248
1971	253 693	184 261	140 577	107 239	135	43 684	69 432
1976	100 624	61 025	47 005	9 749	693	14 020	39 599
1. Vj. 1977	109 258	77 341	62 543	8 889	608	14 798	31 917
2. Vj. 1977	91 674	62 271	47 034	9 824	624	15 237	29 403

¹⁾ Am Ende des Berichtszeitraumes. – ²⁾ Ohne Zurückziehungen und Berichtigungen. – ³⁾ Einschließlich Rückforderungen.